

Auf dem Weg zu einem Endlager für hochradioaktive Abfälle

Wo steht die Forschung für ein Endlager hochradioaktiver Abfälle in Deutschland und weltweit heute? Welche Aufgaben stehen für die Endlagerforschung in der näheren Zukunft an? Diesen Fragen widmete sich das „Clausthaler Kolloquium zur Endlagerung“ am 8. und 9. Mai an der TU Clausthal mit namhaften Referenten aus Industrie, Behörden und der Wissenschaft; es zog ein vorläufiges Resümee zur Endlagerforschung und wagte einen Ausblick.

Ein Blick zurück: Im Jahr 2000 vereinbarten Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen den Ausstieg aus der Kernenergie – bei einer verbleibenden Restlaufzeit der Kernkraftwerke von maximal 30 Jahren. Für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle existiert derzeit kein Endlager in Deutschland. Das Endlager Morsleben sowie das Forschungsbergwerk Asse wurden geschlossen. Das Endlager Konrad für nicht-wärmeproduzierende Abfälle ist zwar genehmigt, mehrere Klagen sind aber vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Die weitere Erkundung des Salzstockes Gorleben wurde aufgrund von Zweifeln der Bundesregierung an der Eignungshöflichkeit des Salzstockes mit einem dreißigjährigen Moratorium belegt.

Unstrittig ist aber für die Bundesregierung, dass für die entstandenen hochradioaktiven Abfälle und die in der verbleibenden Restlaufzeit der Kernkraftwerke anfallenden radioaktiven Abfälle ein Endlager in Deutschland in einer tiefen geologischen Formation gefunden werden muss; in welchem Wirtsgestein, ob Salz, Ton, Granit oder Gneis, muss beim gegenwärtigen Kenntnisstand offen bleiben. Ganz Deutschland

ist demnach a priori zu einer potentiell in Frage kommenden „weißen Landkarte“ möglicher Endlagerstandorte geworden.

Im Februar 1999 richtete der Bundesumweltminister Trittin den „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd)“ ein, welcher im Dezember vergangenen Jahres seinen Abschlussbericht vorlegte (Phase I). In diesem werden detailliert technisch/naturwissenschaftliche Kriterien benannt, welche nach dem Vorschlag der Wissenschaftler für ein Auswahlverfahren gelten sollen. Die vom Bundesumweltminister eingesetzte Kommission empfiehlt der Bundesregierung, vom so genannten Ein-Endlager-Konzept für schwach/mittelradioaktive Abfälle und hochradioaktive Abfälle abzurücken und stattdessen zwei Endlager zu planen.

Dieses Konzept soll nun mit der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies läutet die Phase II der Entscheidungsfindung (Herstellung eines öffentlichen Konsenses über den Kriterienkatalog und über daseteiligungsverfahren) ein. Im günstigsten Fall, so der Arbeitskreis in seinem Abschlussbericht, könnte dann ab 2005 mit der dritten Phase, der Auswahl möglicher Standorte, begonnen werden. Das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung lautet, im Jahr 2030 ein Endlager für alle radioaktiven Abfälle in Betrieb zu nehmen.

Neben den technisch/wissenschaftlichen Kriterien schlägt der Arbeitskreis in seinem Abschlussbericht der Bundesregierung ein Verfahren vor, wie an diesem Auswahlverfahren die Öffentlichkeit beteiligt werden soll, damit dem späteren, nach Prüfungen mehrerer möglicher Standorte in den kommenden Jahren gefunde-

nen Endlagerstandort nicht das gleiche Schicksal einer vehementen Ablehnung durch die Bevölkerung blühen möge, wie dies in der Vergangenheit mit Gorleben geschah.

Die Transparenz des Verfahrens soll aufgrund der nachvollziehbaren Schritte der Entscheidungsfindung zu einer Beteiligungsbereitschaft der Bevölkerung im Sinne einer für alle annehmbaren Verfahrensgerechtigkeit beitragen. Der Arbeitskreis, dem von der TU Clausthal die Professoren Klaus Kühn und Karl-Heinz Lux angehörten, ist sich darüber im klaren, dass die Transparenz des Verfahrens keine Garantie für eine tatsächliche Beteiligungsbereitschaft der Bevölkerung und Regionen ist; umgekehrt wäre aber eine mangelnde Transparenz eine Garantie für das politische Scheitern des Projektes. Sollte bei diesem Weg der Bürgerbeteiligung keine Zustimmung der in Frage kommenden Regionen gefunden werden können, schlägt der Arbeitskreis eine Entscheidung durch den Gesetzgeber vor.

Das Kolloquium diskutierte vor dem Hintergrund dieser politischen Koordinaten die wissenschaftlichen Fragen. Das Kolloquium war zugleich das Ehrenkolloquium zum 65. Geburtstag von Herrn Professor Dr.-Ing. Klaus Kühn. Professor Kühn hat über mehr als 30 Jahre die Wege der Endlagerforschung in Deutschland maßgeblich mit geprägt und in der Welt als international angesehener Experte aktiv begleitet. In diesem Jahr wird er seine Tätigkeit bei der GSF – Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit – und an der TU Clausthal beenden, als Honorarprofessor aber noch einige Zeit sein Wissen und seine Erfahrung zur Verfügung stellen. ■